

Beschluss 09.3 Weil es unsere Zukunft ist ... Es ist Zeit zu handeln!

1 Weil es unsere Zukunft ist ... Es ist Zeit zu handeln!

2

3 Die BDKJ-Diözesanversammlung hat beschlossen:

4

5 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart und eine Bedrohung
6 für die Zukunft aller Menschen und besonders junger Menschen. Unser Handeln in den
7 nächsten Jahren entscheidet darüber, ob wir sie auch als Chance nutzen können. Die
8 dramatischen Folgen der Klimakrise sind mit steigender Intensität spürbar, besonders in den
9 Ländern des Globalen Südens, aber auch bei uns: Hitzewellen, Dürren oder
10 Starkregenereignisse stellen mittlerweile in Deutschland ein ernsthaftes Risiko für Mensch
11 und Natur dar. Jene, die am wenigsten zum menschengemachten Klimawandel beitragen,
12 sind diejenigen, die bereits jetzt am stärksten unter den Folgen leiden und in Zukunft am
13 stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sein werden.

14

15 Als Mitglieder der katholischen Jugendverbände verstehen wir uns als Weltbürger*innen und
16 setzen uns in unseren internationalen Partnerschaften sowie darüber hinaus für gerechte
17 und zukunftsfähige Lebensverhältnisse für alle Menschen ein. Wir stehen ein für die
18 Umsetzung der mit der Agenda 2030 beschlossenen nachhaltigen Entwicklungsziele¹ und
19 folgen dem Auftrag von Papst Franziskus, der uns in seiner Enzyklika „Laudato si“² dazu
20 aufruft, die Bewahrung der Schöpfung ernst zu nehmen und aktiv für unseren Planeten
21 einzutreten.

22

23 **Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung**

24

25 Zu den wesentlichen Ursachen der Klimakrise gehört der Wirtschafts- und Lebensstil in den
26 Ländern des Globalen Nordens und der Eliten in Ländern des Globalen Südens. Aus der
27 Nutzung von Ressourcen ist der Wohlstand des Globalen Nordens entstanden. Daraus ergibt
28 sich Verantwortung. Es muss nun alles dafür getan werden, die bereits entstandenen Schäden
29 einer zügellosen Ausbeutung des Planeten zu begrenzen und ein gutes Leben für alle
30 Menschen weltweit zu ermöglichen. Die Politik des Nicht-Handelns darf nicht weitergehen

¹ <https://www.bmz.de/de/agenda-2030>

² Papst Franziskus (2015), Laudato si:
https://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html

Beschluss 09.3 Weil es unsere Zukunft ist ... Es ist Zeit zu handeln!

31 und deshalb fordern wir unsere Politiker*innen dazu auf, sich dieser Verantwortung bewusst
32 zu werden und entschieden dafür einzutreten.

33

34 Wir fordern Klimagerechtigkeit und setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die den
35 Klimawandel verursacht haben, in besonderer Verantwortung für den Klimaschutz aktiv
36 werden. Im Pariser Klimaschutzabkommen ist das Prinzip der gemeinsamen, aber
37 differenzierten Verantwortung festgehalten: Alle Staaten tragen die Verantwortung, die
38 Klimakrise zu bekämpfen. Die Verantwortung und dementsprechend die Lastenverteilung
39 müssen aber unterschiedlich gewichtet werden. Dieses Prinzip nimmt die Verursacher*innen
40 in die Pflicht, sich für die Begrenzung der Folgen des Klimawandels einzusetzen und andere
41 Länder im Einsatz gegen den Klimawandel zu unterstützen. Staaten, die historisch für viele
42 Emissionen verantwortlich sind, müssen nun Verantwortung übernehmen.

43

44 **Jetzt ist Zeit zu handeln!**

45

46 Zur Bewältigung der Klimakrise brauchen wir ein entschiedenes, tiefgreifendes Handeln.
47 Diesen Anspruch haben wir an uns selbst, an die Verantwortungsträger*innen in der
48 katholischen Kirche und an die Politiker*innen.

49

50 Deshalb fordern wir von der Politik:

51

- 52 • Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass Deutschland auf nationaler sowie auf
53 internationaler Ebene seinen Beitrag leistet, das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Laut
54 Weltklimarat IPCC werden sich schon bei einer stärkeren globalen Erwärmung viele
55 Klimarisiken drastisch verschärfen.³ National bedeutet dies, durch ambitionierte
56 Maßnahmen in allen Sektoren die Emissionen zu senken und sich europa- und weltweit
57 für starke Klimaziele einzusetzen. Deutschland und die EU können und müssen im
58 Klimaschutz weltweite Vorreiter*innen werden.
- 59 • Der Zubau von erneuerbaren Energien muss beschleunigt werden mit dem Ziel, bis
60 2030 einen Anteil von mindestens 75% am erwartbar steigenden
61 Bruttostromverbrauch zu erreichen.

³ https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf

Beschluss 09.3 Weil es unsere Zukunft ist ... Es ist Zeit zu handeln!

- 62 • Der CO₂-Preis muss sich an den tatsächlichen Schadenskosten orientieren.⁴ Bei der
63 Umsetzung braucht es einen effektiven sozialen Ausgleich.
- 64 • Eine sozial-ökologische Verkehrswende, die nachhaltiger und klimaschonender
65 Mobilität den Vorrang geben. Der innerdeutsche Flugverkehr muss dabei möglichst
66 vollständig auf die Bahn verlagert werden. Die Teilhabe von Menschen mit geringerem
67 Einkommen muss gewährleistet werden, bspw. durch Konzepte wie ein 365-Euro-
68 Jahresticket.
- 69 • Deutschland muss einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten.
70 Die zugesagten Mittel für Klimaschutz und Anpassung in den wirtschaftlich ärmeren
71 Ländern müssen erfüllt und ausgebaut werden. Die Mittel dürfen nicht auf Kosten der
72 allgemeinen Entwicklungsfinanzierung oder der humanitären Hilfen gehen.
- 73 • Die Folgen von klimabedingten Schäden und Verluste müssen gemeinsam finanziert
74 werden. Die betroffenen Länder müssen durch die internationale Gemeinschaft
75 finanziell unterstützt werden. Wir fordern, dass Deutschland seine Verpflichtungen
76 gemäß dem Warschau-Mechanismus⁵ vorantreibt und Mittel für eine
77 armutsorientierte Bekämpfung von Klimaschäden bereitstellt.
- 78 • Klimagerechtigkeit braucht Entschuldung. Hochverschuldete Länder im globalen
79 Süden geraten durch Schäden, die durch den Klimawandel entstehen, noch tiefer in
80 eine Schuldenfalle. Mit jeder Schuldentrückzahlung an Gläubiger verlieren die Staaten
81 Geld, welches sie für Nothilfe und Wiederaufbau dringend benötigen. Die
82 Bundesregierung soll sich deshalb im Rahmen der Klimakonferenzen, bei den
83 Vereinten Nationen sowie im Internationalen Währungsfonds dafür einsetzen,
84 Entschuldungsoptionen für Länder zu schaffen, die besonders vom Klimawandel
85 betroffen sind.
- 86 • Die Flucht vor den Folgen der Klimakrise⁵ muss als Fluchtursache anerkannt werden.
87 Wir fordern die Bundesregierung auf, die direkten Folgen des Klimawandels, wie etwa
88 den Anstieg des Meeresspiegels oder extreme Wetterereignisse, als Fluchtgrund im
89 Rahmen von Asylverfahren anzuerkennen, wo sie die Lebensgrundlage von
90 Asylsuchenden nachweislich bedrohen und daher eine Rückkehr ins Herkunftsland
91 ausgeschlossen ist. Dafür ist ein Kriterienkatalog zu entwickeln. Dabei ist eine enge

⁴ Nach Umweltbundesamt 195 € (im Jahr 2020) bzw. 215 € (im Jahr 2030).

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/202-00-12-21_methodenkonvention_3_1_kostensaetze.pdf, S. 8

⁵ <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/addressing-the-impacts-of-climate-change-through-an-effective-warsaw-international-mechanism-on-loss-and-damage>

Beschluss 09.3 Weil es unsere Zukunft ist ... Es ist Zeit zu handeln!

92 Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zwingend notwendig. Denn nur eine
93 gesamteuropäische Reform der Asylpolitik kann zu einer nachhaltigen und
94 menschenwürdigen Lösung führen.

95

96 **Wir fordern von den kirchlichen Verantwortungsträger*innen:**

97

- 98 • Kirche muss ihre Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung wahr- und ernst
99 nehmen. Aus dem Aspekt der Klimagerechtigkeit erfolgt ein besonderer Auftrag, sich
100 mit den bereits jetzt am meisten vom Klimawandel betroffenen Menschen im
101 Globalen Süden zu solidarisieren und diese zu unterstützen.
- 102 • Kirche muss die Dringlichkeit des Klimaschutzes öffentlich formulieren und diesen
103 Standpunkt in den politischen und weltkirchlichen Diskurs einbringen.
- 104 • Der Betrieb aller kirchlichen Institutionen im Erzbistum Köln muss bis 2030
105 mindestens klimaneutral werden. Hierfür müssen die Ziele des Visionspapiers
106 „Klimapositives und nachhaltig schöpfungsfreundliches Erzbistum“ umgesetzt
107 werden. Wir fordern insbesondere
 - 108 ○ Die klimaneutrale Umrüstung der kirchlichen Gebäude.
 - 109 ○ Dass verbindliche Vorgaben für die Nutzer*innen kirchlicher
110 Landwirtschaftsflächen nach ökologischen Kriterien erlassen und umgesetzt
111 werden.
 - 112 ○ Die nachhaltige Nutzung kirchlicher Flächen. Der Flächenverbrauch durch
113 Neuversiegelung muss auf null gesenkt werden.
 - 114 ○ Dass Dienstreisen klimaneutral gestaltet werden. Wenn dies nicht möglich ist,
115 wird eine entsprechend Kompensation geleistet.
 - 116 ○ Die Einführung und Umsetzung klarer Beschaffungsregelungen für alle
117 kirchlichen Einrichtungen insbesondere im Bereich der Lebensmittel und
118 Verbrauchsmaterialien, die nachhaltigen, fairen und ökologischen Kriterien
119 entsprechen.
 - 120 ○ Eine Weiterentwicklung der verbindlichen Kriterien für Geldanlagen, die sich
121 an sozialen und ökologischen Standards orientieren.
 - 122 ○ Die Unterstützung der Engagierten in unserem Erzbistum durch
123 Informationen, Vernetzungsmöglichkeiten und Beratung, durch Unterstützung
124 von hauptamtlichen Entscheidungsträger*innen dabei, den Klimaschutz im
125 kirchlichen Leben weiter innovativ voranzutreiben.

126

Beschluss 09.3 Weil es unsere Zukunft ist ... Es ist Zeit zu handeln!

127 Als BDJ-Diözesanverband, Jugendverbände sowie Regionalverbände verpflichten wir uns
128 selbst:

129

130 • Wir bringen die Forderungen zu einem klimagerechten Handeln in die Politik,
131 kirchlichen Strukturen und die Gesellschaft auf allen Ebenen ein. Hierzu wollen wir
132 die Mitglieder in unseren Verbänden befähigen, selbst sprachfähig zu sein.

133 • Wir bringen unsere Haltung zu einem klimagerechten Handeln in die Einrichtungen
134 und Häuser ein, bei denen wir (Mit-)Träger sind und setzen uns dafür ein, dass die
135 hier aufgeführten Umweltstandards eingeführt werden. Im Besonderen soll dabei ein
136 Fokus auf den Einkauf von Lebensmitteln und Verbrauchsmaterialien gelegt werden.

137 • Wir führen unsere Aktivitäten bis spätestens 2030 klimaneutral durch und gehen so
138 mit gutem Beispiel voran.

139 • Die 2010 und 2016 verabschiedeten Umweltstandards werden weiterhin konsequent
140 umgesetzt. Konkret verpflichten wir uns weiterhin:

141 ○ Die Anreise erfolgt möglichst klimaneutral. Wenn dies nicht möglich ist, wird
142 eine entsprechende Kompensation geleistet.

143 ○ Bei Anschaffungen achten wir auf energiesparende, langlebige, reparierbare
144 und recyclingfähige Produkte, die unter hohen Sozialstandards produziert
145 wurden. Wenn möglich und sinnvoll, greifen wir auf gebrauchte Produkte
146 zurück.

147 ○ Bei den Veranstaltungen des BDJ-Diözesanverbandes ist die Verpflegung in
148 der Regel vegetarisch oder vegan.

149 ○ Wir kaufen bevorzugt regionale, saisonale, ökologische und fair gehandelte
150 Produkte und achten auf Müllvermeidung. Deshalb verzichten wir auf die
151 Produktpalette internationaler Lebensmittelgroßkonzerne, die diese Kriterien
152 nicht erfüllen, wie bspw. Nestlé.

153 ○ Bei allen Veranstaltungen und Aktionen beschaffen wir nur Textilien, die fair
154 und nachhaltig produziert werden.

155 ○ Bei der Auswahl unserer Merchandising-Artikel entscheiden wir uns für
156 nachhaltige Alternativen, d.h. wir achten auf faire Herstellungsprozesse, die
157 verwendeten Rohstoffe und Langlebigkeit.

158 ○ Bildungsangebote und Bildungsmaterialien zur Verfügung zu stellen, damit
159 sich die Mitglieder in unseren Verbänden kritisch mit dem eigenen Konsum
160 und dem eigenen Verhalten sowie den Auswirkungen auf das Klima
161 auseinandersetzen können.

Beschluss 09.3 Weil es unsere Zukunft ist ... Es ist Zeit zu handeln!

- 162
- 163
- Der BDKJ-Diözesanvorstand wird beauftragt, zu prüfen, welche finanziellen Fördermöglichkeiten es für klimaneutrale Maßnahmen gibt.